

AfD begrüßt sorgsame Vorgehensweise bei Suche nach Asylnotunterkünften Stadtratsfraktion fordert aber auch verstärkte Ursachenbekämpfung

Die Augsburger Stadtregierung hat jetzt die der Regierung von Schwaben benannten Unterbringungsmöglichkeiten für die Notaufnahme von Asylbewerbern bekannt gegeben. Es geht hier darum, die Vorgaben der Staatsregierung an Kreise und Kommunen zur Notunterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen zu erfüllen. Da im Zuge weiter stark ansteigender Asylbewerberzahlen die bisherigen Unterbringungsmöglichkeiten bei weitem nicht mehr ausreichen, werden von den Verantwortlichen in Land und Bezirk händeringend weitere Räumlichkeiten gesucht und von den Kommunen eingefordert.

Die AfD würdigt dabei die diesmal sehr sorgsame Vorgehensweise der Stadtregierung, die verschiedene Objekte ausgesucht und der Regierung angeboten hat. "Insbesondere die Vorgehensweise bei der etwas problematischen Unterkunft im Sheridan Park, wo auch Vertreter der Kirchen und der jüdischen Gemeinde eingebunden wurden, verdient durchaus Respekt", so Thomas Lis, Fraktionsvorsitzender der AfD im Augsburger Stadtrat. "Auch hat der OB die Fraktionen frühzeitig und ausführlich informiert, was bisher bei verschiedensten Projekten nicht bei allen Referenten so üblich war."

Die AfD Fraktion zeigt sich allerdings sehr besorgt, was die weitere Entwicklung bei diesem Thema angeht. "Was hier auch in Augsburg im Augenblick passiert, zeigt, dass man der sich laufend verschlimmernden Situation hilflos hinterher läuft und sich von Notmaßnahme zu Notmaßnahme hangelt. Dadurch, dass bestehende Gesetze und Regelungen nicht konsequent oder sogar gar nicht eingehalten werden, kommt es zu der aktuellen, für alle Beteiligten inakzeptablen Situation." Die AfD in Augsburg fordert deshalb zum wiederholten Male die Parteien, die Vertreter im bayerischen Landtag und im deutschen Bundestag haben, auf, umgehend Maßnahmen zur Verbesserung der Situation einzufordern. "Um ausreichende und menschenwürdige Unterbringungen für Flüchtlinge anbieten zu können, müssen abgelehnte Asylbewerber schnell und konsequent abgeschoben werden. Asyl ist ein Grundrecht, das Deutschland Flüchtlingen und Verfolgten gerne gewährt, Asyl ist aber kein Weg um aus wirtschaftlichen Gründen nach Deutschland einzuwandern. Dafür gibt es Einwanderungsregelungen. Der Missbrauch des Asylrechtes verhindert die Gewährung von menschenwürdiger Zuflucht für echte Flüchtlinge", meint Lis weiter. "Des Weiteren sollten die bestehenden rechtsverbindlichen Regelungen des Dublinabkommen ebenfalls konsequent angewandt werden. Verfolgte können in allen Ländern der EU sichere Zuflucht finden, daher ist nicht nachvollziehbar, wie unterschiedlich sich die Flüchtlingszahlen in Europa verteilen. Es kann doch nicht angehen, dass einerseits Schulen, Turnhallen oder wie aktuell das Schullandheim Dinkelscherben für Unterbringungen eingezogen werden und andererseits die bestehenden Regelungen nicht konsequent angewendet werden."